

## NRW wird zum Vorreiter beim Klimaschutz in Deutschland

*Klimaschutzmaßnahmen werden im Dialog entwickelt, um das Energieland Nr. 1 und den Industriestandort NRW zukunftsfähig zu gestalten*



Der Landtag beschloss am 23.1.2013 mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten das bundesweit erste Klimaschutzgesetz mit Minimierungszielen für Treibhausgase. Nun wird die Aufstellung eines Verbraucherschutz -Klimaschutzplans forciert. Warum ist dies nötig? Wissenschaftliche Projektionen des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz für die Periode zwischen 2031 und 2060 lassen Temperatur- und Niederschlagsveränderungen erwarten, die zu einer

Zunahme von Wetterextremen wie starken Gewittern und Hitzewellen führen können. Für NRW werden die kumulierten volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels nach Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung auf über 70 Milliarden € bis 2050 beziffert. Handeln ist also dringend gefragt.

NRW wird nicht nur einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die globale Erwärmung und deren wirtschaftliche Folgen leisten, sondern Klimaschutz ist darüber hinaus ein Fortschrittmotor, um den Industriestandort zu stärken und Beschäftigung in NRW zu sichern. Durch diese Vorreiterstellung sichert das neue NRW-Klimaschutzgesetz auch einen Standortvorteil.

Das Gelingen der Klimaschutzbemühungen in NRW bedingt eine umfassende Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen sowie der kommunalen Spitzenverbände. Deshalb ist bei der Erstellung des Klimaschutzplans eine Einbeziehung des breiten Spektrums der Interessenverbände notwendig. So kann frühzeitig auf soziale, wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Auswirkungen sowohl des Klimaschutzes als auch der Vermeidungsmaßnahmen eingegangen und gemeinsam bewältigt werden. Zudem wird sich auch der Landtag bereits früh mit dem Prozess der Erarbeitung befassen können. Er wird dazu von der Landesregierung während der Erarbeitungsphase im zuständigen Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mindestens alle drei Monate Berichte über die Bemühungen erhalten. Anregungen und Forderungen des Ausschusses zur weiteren Ausrichtung und Schwerpunktsetzung können in dem Prozess zur Erarbeitung des Klimaschutzplans durch die Landesregierung aufgenommen werden.

Der Erfolg des Klimaschutzgesetzes hängt davon ab, dass in NRW Wirtschaft und Gewerkschaften sowie Verbraucher und Wissenschaft gemeinsam an diesem Projekt arbeiten.

Dass die Landesregierung damit auf dem richtigen Weg ist, zeigt eine Presseerklärung des Vorsitzenden des DGB NRW Andreas Meyer-Lauber vom 23.1.2013: „Der DGB und die Gewerkschaften unterstützen ausdrücklich die im Gesetzentwurf aufgeführten Klimaziele. Wir gehen davon aus, dass die Verknüpfung von klima- und industriepolitischen Zielen dem Standort NRW weitreichende Chancen eröffnet.“

### Weiterlesen:

Drucksache: 16/127  
Klimaschutzgesetz

Drucksache: 16/1914  
Beschlussempfehlung und  
Bericht Umweltausschuss

Drucksache: 16/1958  
Neudruck  
Entschließungsantrag  
SPD und Grüne




*Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,*

auch im neuen Jahr geht es im Landtag weiterhin turbulent zu! Unter anderem wurde das Klimaschutzgesetz verabschiedet und die Enquete-Kommission arbeitet intensiv an ihrem Abschlussbericht.

Abgesehen davon steht natürlich Karneval vor der Tür! Wir erinnern daran, dass wir alle gemeinsam in Rot gehen wollen, um 150 Jahre SPD zu feiern und ein kräftiges Rot in den Karneval zu tragen! In diesem Sinne möchten wir die Gelegenheit nutzen, Ihnen und euch noch ein frohes neues Jahr und eine tolle Fastelovendszeit zu wünschen.

Dreimol Kölle Alaaf!

Für die Abgeordneten  
Ihr



## Neue Chance für Chorweiler – die gewonnene Zeit muss gut genutzt werden

Zu der Verschiebung der Zwangsversteigerung der Wohnungsbestände in Chorweiler durch das Amtsgericht Köln erklären Andreas Kossiski und Jochen Ott:

Buchstäblich in letzter Minute wurde die für den 18. Januar drohende Zwangsversteigerung der Wohnungsbestände in Chorweiler vom Kölner Amtsgericht verschoben.

„Die Menschen im Quartier, der Kölner Oberbürgermeister und wir sind sehr erleichtert“, erklären Andreas Kossiski, Landtagsabgeordneter für Chorweiler, und Jochen Ott, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Andreas Kossiski verdeutlicht: „Die Absage ist ein wichtiges Zeichen und gibt den Menschen im Kölner Norden Hoffnung. Jetzt müssen wir die gewonnene Zeit nutzen, um geeignete Lösungen zu finden“.

Für den Vortag der Versteigerung hatten Streetworker und Jugendliche aus Chorweiler unter dem Motto „Wir sind Chorweiler“ zu einer Demonstration gegen Immobilienheuschrecken aufgerufen. Die Veranstaltung fand trotz des Gerichtsentscheids wie geplant am 17. Januar statt. Die zahlreichen prominenten Unterstützer wie die Arsch Huh AG, Stefan Brings oder den Kabarettisten und Schauspieler [Fatih Çevikkollu](#), Vertreter der Stadt, des Sozialbüros in Chorweiler und Lokal- und Landespolitiker machten gemeinsam mit den etwa 150 Anwohnern und Demonstranten klar, dass das Engagement gegen Heuschrecken unverändert weitergehen muss. Zwar bedeutet der Beschluss des Amtsgerichts einen Zeitgewinn.

„In den nächsten Wochen werden jedoch alle Beteiligten – Stadt, Land, Wohnungsgesellschaften und NRW.Bank – intensiv an einer guten Lösung für die Menschen in Chorweiler arbeiten müssen“, betonte Jochen Ott in der Debatte mit Moderator Fatih Çevikkollu und einem Chorweiler Jugendlichen. „Zurzeit ist Chorweiler überregional ein Thema, diese Popularität können und müssen wir nutzen“, verdeutlicht Andreas Kossiski die Umstände. Es ist unverändert das Ziel, zum Schutz der Mieterinnen und Mieter gegen Immobilienheuschrecken vorgehen zu können und sich gemeinsam für und in Chorweiler weiterhin zu engagieren.

Die Möglichkeit, die Mieterinnen und Mieter zu schützen, wird sich künftig vor allem durch die Enquete-Kommission des Landtags verbessern. Die seit zwei Jahren tätige Kommission hat sich intensiv mit dem Problem solcher Immobilienheuschrecken in der Wohnungswirtschaft Nordrhein-Westfalens auseinandergesetzt. Aktuell wird mit Hochdruck am Abschlussbericht der Kommission gearbeitet. Die Arbeit des Landtags der letzten Monate wird somit ein großer Schritt in die richtige Richtung sein, den Kommunen in Zukunft bessere Instrumente an die Hand zu geben, um in solchen Fällen wie in Chorweiler besser gegen skrupellose Geschäftemacher vorgehen und damit die Mieterinnen und Mieter tatsächlich besser vor Immobilienheuschrecken schützen zu können.

Die SPD-Landtagsfraktion wird sich zudem künftig mit Quartiersentwicklung als Querschnittsthema intensiv befassen: wie kann durch ganzheitliche Förderung von Wohnquartieren zukunftsfähiges Wohnen und Leben gestaltet werden? Hierzu wird auch ein ressortübergreifender Arbeitskreis der Fraktion konstituiert, den Jochen Ott leitet. Auftakt ist eine öffentliche Veranstaltung an diesem Freitag im Landtag.

„Für Chorweiler bietet der Zeitaufschub eine wertvolle Chance, darin sind sich alle beteiligten Akteure einig. Diese Chance gilt es jetzt auch zu nutzen“, appellieren Andreas Kossiski und Jochen Ott.

*Zu der generellen Problematik von Heuschrecken veranstaltet die SPD-Landtagsfraktion am 05.02. einen Landtagstalk zu der Frage „Wohnen oder Hausen?! Wer trägt hier die Verantwortung?“*

*Zu dieser Veranstaltung laden wir Sie herzlich ein*



Bild: Malik Karaman

[Hier geht's zur Einladung](#)

[Hier melden Sie sich an](#)

## Votum für umfassende medizinische Versorgung von Opfern sexueller Gewalt

*Auf den aktuellen Vorfall der Abweisung eines Vergewaltigungsopfers durch katholische Kliniken antworten die Kölner Abgeordneten mit einem Zitat aus der Bibel:*

### Das Beispiel vom barmherzigen Samariter (Lukas 10,25-37)

„Da stand ein Gesetzeslehrer auf, und um Jesus auf die Probe zu stellen, fragte er ihn: Meister, was muss ich tun, um das ewige Leben zu gewinnen? Jesus sagte zu ihm: Was steht im Gesetz? Was liest du dort? Er antwortete: Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen und ganzer Seele, mit all deiner Kraft und all deinen Gedanken, und: Deinen Nächsten sollst du lieben wie dich selbst. Jesus sagte zu ihm: Du hast richtig geantwortet. Handle danach und du wirst leben. Der Gesetzeslehrer wollte seine Frage rechtfertigen und sagte zu Jesus: Und wer ist mein Nächster?

Darauf antwortete ihm Jesus: Ein Mann ging von Jerusalem nach Jericho hinab und wurde von Räubern überfallen. Sie plünderten ihn aus und schlugen ihn nieder; dann gingen sie weg und ließen ihn halb tot liegen. Zufällig kam ein Priester denselben Weg herab; er sah ihn und ging weiter. Auch ein Levit kam zu der Stelle; er sah ihn und ging weiter. Dann kam ein Mann aus Samarien, der auf der Reise war. Als er ihn sah, hatte er Mitleid, ging zu ihm hin, goss Öl und Wein auf seine Wunden und verband sie. Dann hob er ihn auf sein Reittier, brachte ihn zu einer Herberge und sorgte für ihn. Am andern Morgen holte er zwei Denare hervor, gab sie dem Wirt und sagte: Sorge für ihn, und wenn du mehr für ihn brauchst, werde ich es dir bezahlen, wenn ich wiederkomme.

„Was meinst du: Wer von diesen dreien hat sich als der Nächste erweisen, der von den Räubern überfallen wurde?“ Der Gesetzeslehrer antwortete: „Der, der barmherzig an ihm gehandelt hat. Da sagte Jesus zu ihm: Dann geh und handle genauso!“

Der aktuelle Vorfall war gestern auch Thema einer aktuellen Stunde im Landtag. SPD und Grüne forderten in einem gemeinsamen Entschließungsantrag: „Hilfe für Vergewaltigungsopfer darf nicht von der religiösen Ausrichtung des Klinikträgers abhängen“.

Die sieben Kölner Landtagsabgeordneten betonen: „Es ist begrüßenswert, dass kirchliche Amtsträger sowie die breite Öffentlichkeit den Vorgang auf das Schärfste verurteilt haben. Medizinische Versorgung in einer solch gravierenden Notlage wie einer Vergewaltigung muss ohne Ausnahmen sichergestellt sein! Religiöse Überzeugungen gilt es zu respektieren – wichtig ist jedoch, wie im Entschließungsantrag festgehalten: ‚Religiöse Erwägungen dürfen nicht über das Wohl der Opfer oder die Möglichkeit einer Strafverfolgung gegen die Täter gestellt werden.‘“

Drucksache 16/1966

Gemeinsamer Entschließungsantrag SPD und Grüne

### Hochschule gemeinsam gestalten

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben mit einem heute im Landtag behandelten Antrag ihre Anforderungen an das neue Hochschulzukunftsgesetz umrissen. Der Antrag ist eine Grundlage für eine geplante Sachverständigenanhörung. Stärker als bisher sollen Landesregierung und Parlament ihre Gesamtverantwortung für die Hochschullandschaft in NRW wahrnehmen können. Mehr Transparenz, gute Arbeitsbedingungen, demokratische Mitbestimmung und eine starke Partnerschaft zwischen Land und Hochschulen sollen die zentralen Ziele für die Weiterentwicklung des Hochschulgesetzes NRW sein. Noch bis zum 7. Februar können alle Interessierten ihre Erwartungen an das Hochschulzukunftsgesetz unter [www.hochschule-gestalten.nrw.de](http://www.hochschule-gestalten.nrw.de) in einer Online-Befragung einbringen.

Drucksache 16/1898

Hochschulautonomie zukunftsgerecht weiterentwickeln

## Landesbibliotheken sammeln künftig auch Online-Medien

*Neues Pflichtexemplargesetz verabschiedet -*

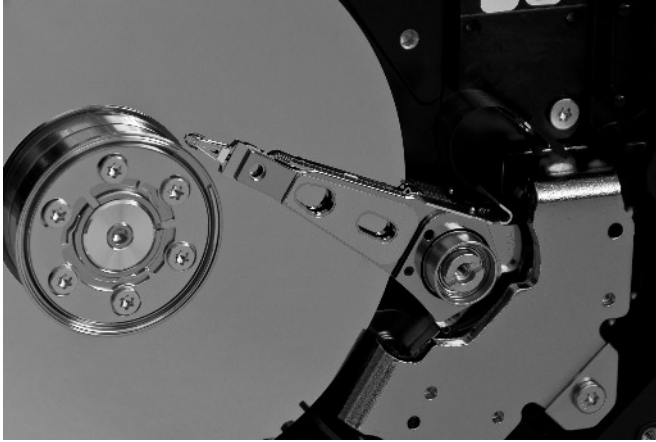


Bild: JanUFotO / pixelio.de

Der Landtag hat die Abgabe von Pflichtexemplaren und die damit verbundene Archivierung von gedruckten wie online veröffentlichten Medien durch die Landesbibliotheken neu geregelt. Das „Gesetz über die Ablieferung von Pflichtexemplaren in Nordrhein-Westfalen“ verpflichtet nun alle Verleger von Medienprodukten, ein Exemplar an die zuständige Bibliothek zu liefern bzw. online zur Verfügung zu stellen. Dem Beschluss des Landtages waren langwierige, ausführliche Beratungen und Anhörungen im ‚Ausschuss für Kultur und Medien - A12‘ vorausgegangen, denn das Aufkommen digitaler Medien zieht neben den technischen Anforderungen völlig andere Rechtsnotwendigkeiten als eben auch Schutzbedürftigkeiten und Urheberfragen nach sich.

Nach dem alten Gesetz, das zum 31.12. 2012 ausgelaufen war, beschränkte sich die Archivierung auf physische Druckwerke wie Bücher und Zeitschriften. Mit der Neufassung umfasst die Sammelpflicht nun neben gedruckten Werken auch Medien wie Hörbücher, E-Books, Blogs und Spiele. So müssen den Landesbibliotheken zukünftig zum Beispiel Texte und Bilder zur Verfügung gestellt werden, die ausschließlich online oder in anderer Form elektronisch veröffentlicht wurden – in NRW entstandene bzw. erschienene Medien werden also ab sofort in ihrer ganzen Bandbreite in die Sammlung des Landes aufgenommen.

„Mit der Neufassung des Pflichtabgabegesetzes sind wir endlich im Zeitalter der Moderne angekommen und werden der Bedeutung digitaler Medien gerecht - durch die Archivierung werden diese nun fester Bestandteil unseres kulturellen Gedächtnisses und erreichen auch nachfolgende Generationen.“, kommentiert hierzu Lisa Steinmann.

**Drucksache 16/179**  
**Gesetz über die Ablieferung von Pflichtexemplare**

## Verlässliche Altlastensanierungen für Nordrhein-Westfalen

Seit mehr als 20 Jahren saniert der Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband (AAV) mit Schadstoffen belastete Böden und Flächen in NRW, damit sie wieder genutzt werden können. Mit einem neuen Gesetz der rot-grünen Landesregierung, das gestern in den Landtag eingebracht wurde, soll eine verlässlichere Basis für die Arbeit des AAV geschaffen werden. Unter anderem soll die jährliche Finanzierung von AAV-Sanierungen durch das Land auf sieben Millionen Euro erhöht werden.

**Drucksache 16/1821**  
**Gesetzesentwurf AAVG Änderung**



## Noch mehr Berichte der Landesregierung schaffen keinen einzigen Kita-Platz – überflüssige Forderungen von CDU, FDP und Piraten - *von Ingrid Hack*

Uns allen ist die große Herausforderung klar, zum 1.8. diesen Jahres den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Kinder unter drei Jahre zu erfüllen. In Köln laufen die Ausbaustrebungen für Kita- und für Tagespflege-Plätze der Stadt, der Träger und beispielsweise von Elterninitiativen schon seit längerem auf Hochtouren. Köln hat die vorgeschriebene Quote von 32 bzw. 34,9 % inzwischen erreicht. Wir wissen aber auch, dass diese Zahl in unserer wachsenden Großstadt nicht ausreicht und dass die Versorgung in den Stadtteilen noch sehr unterschiedlich ausfällt:

CDU, FDP und Piraten beabsichtigten mit ihrem Plenarantrag Eltern nicht im Regen stehen zu lassen: U3-Rechtsanspruch erfüllen, Informationen über Ausbaustände transparent darlegen und Fachkräftemangel entgegenwirken. Dies alles tun sie offensichtlich, um die teils berechtigten Sorgen von Kommunen, Trägern und vor allem Eltern weiter zu schüren. Ein solches Verfahren kann ich nur überflüssig und kontraproduktiv nennen. Durch einen alle zwei Monate zu erstattenden Bericht der Landesregierung – so eine Forderung der Opposition – entsteht kein einziger Platz mehr. Stattdessen wird Arbeitszeit gebunden, die meines Erachtens besser investiert wäre zum Beispiel in der Task-Force der Regierung für die Beratung von Kommunen und Trägern bei Fragen zu Bewilligungsverfahren, Bauten, Erweiterungen von Kitas etc.

CDU, FDP und auch die Piraten beklagen immer bürokratische Hürden, stellen aber selbst mit einem neuen Berichtswesen ein neues Bürokratie-Element auf.

Während Schwarz-Gelb bis Anfang 2010 keinerlei Landesmittel für den U3-Ausbau zur Verfügung gestellt und die Anmeldungen für U3-Plätze gedeckelt hat, investieren wir seit Mitte 2010 nunmehr 440 Mio. € für den Ausbau in den Kommunen und für einen höheren Landesanteil an den Betriebskosten. Schwarz-Gelb hat seelenruhig die Konnexitätsklage der Kommunen abgewartet, und wir sind nun zum (völlig richtigen!) sogenannten Belastungsausgleich verpflichtet: 1,4 Milliarden € (!) bis 2018. Eine weitere Forderung des Antrags, die Zahl der Fachkräfte zu erhöhen, geht ebenfalls ins Leere: SPD und Grüne haben die Möglichkeiten zur Ausbildung deutlich verbessert, und in den Einrichtungen die Bedingungen für BerufspraktikantInnen erst wieder hergestellt.

Uns nun vorzuwerfen, wir engagierten uns nicht für den Ausbau und würden die „Eltern im Regen stehen lassen“, ist wirklich eine sonderliche Wahrnehmung. Ich denke, das nennt man Ablenkungsmanöver.

Mir ist klar, dass durch Vergangenheitsbewältigung keine Mutter und kein Vater ganz praktisch einen Kita-Platz findet, wenn dieser im Stadtteil (noch) fehlt. Aber selbst fünf Jahre nichts zu investieren, nun aber mit dem Finger auf andere zu zeigen, die viel Geld für den Ausbau zur Verfügung stellen, ist seitens der CDU und der FDP schlicht unverschämte und bringt die Eltern auch nicht weiter.

## Löstige Kraade Meschenich für karnevalistische Verdienste geehrt



Ingrid Hack war wie schon so oft zu Gast beim ältesten, seit 55 Jahren in Meschenich ansässigen, Kölner Damenkomitee: den „Löstige Kraade“. Anlässlich der Veedelssitzung ehrte sie viele der dort aktiven Damen, u.a. die Vorsitzende Angela Bachem-Brögger (2.v.l.), die Sitzungspräsidentin Karin Fröhlich (3.v.r.) und die Ehrenpräsidentin Maria Schäfer (vorne li.) mit dem roten Pin "150 Jahr op Jöck för Freiheit, Gerächtigkeet un Solidarität." der KölnSPD. „Ich freue mich, dass die „Kraade“ den Saal in Meschenich voll kriegen und ein paar Stunden richtig gute Stimmung hier im Dorf machen. Bei allen Nachwuchssorgen und auch finanziellen Problemen findet sich hier ein Kreis aktiver Karnevalistinnen, die viel Freizeit opfern und Engagement zeigen, um Spaß an d'r Freud zu haben und die Tradition zu wahren. Das unterstütze ich gern - außerdem war es wieder eine rundum gelungene Sitzung.“

Karin Fröhlich, Sitzungspräsidentin, begrüßte „Ingrid Hack von der SPD, die dieses Jahr 150 Jahre alt wird.“ Da waren die Lacher gesichert...

## Termine:

### Landtagstalk: Wohnen oder Hausen!?- WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG?

Dienstag, 5. Februar 2013, 15.30 Uhr

Landtag Nordrhein-Westfalen, Fraktionssaal der SPD-Fraktion

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Um Anmeldung wird gebeten - siehe Newsletter Seite 2

### Landtagstalk: Fankulturen im Wandel - KONFLIKTE UND POTENZIALE

Dienstag, 19. Februar 2013, 16.00 Uhr

Landtag Nordrhein-Westfalen,

Fraktionssaal der SPD-Fraktion

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Um Anmeldung wird gebeten unter: SPD LANDTAGSFRAKTION

### Wahlkreistreffen Porz und Kalk - mit Martin Dörmann MdB, Stephan Gatter MdL und Jochen Ott MdL

Freitag 01. März 2013, 20 Uhr

Alt Poller Wirtshaus

Poller Hauptstraße 28 in 51105 Köln

Zu diesem Treffen werden die Ortsvereinsvorsitzenden, die Stadtbezirksvorstände und Mandatsträger im Rat und BV aus den Wahlkreisen der drei Abgeordneten eingeladen. Das Wahlkreistreffen findet nun bereits zum dritten Mal statt.